

Grundeinkommen im Interesse von Großunternehmen?

In großen Teilen der deutschen Öffentlichkeit scheint der Eindruck zu bestehen, dass das bedingungslose Grundeinkommen im wesentlichen die Forderung eines einzelnen Großunternehmers ist, Götz Werner, dem Gründer der dm-Drogeriemarktkette. Auch wenn Werner ganz sicher eine der prominentesten Stimmen im Chor der GrundeinkommensbefürworterInnen ist, war dieser Eindruck immer falsch. Oft wurde er auch wider besseres Wissen erweckt, um das Grundeinkommen als eine Idee im Dienste und Interesse von Großunternehmen darzustellen. Vor allem gewerkschaftliche KritikerInnen bedienten sich gerne dieses unsauberen Mittels.

Das fiel ihnen auch deshalb nicht besonders schwer, weil Werner in der Tat ein Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens vertritt, das sich im Einklang mit seinen Interessen als Unternehmer und Leiter eines Einzelhandelskonzerns befindet. Das Finanzierungskonzept über einen Umbau des gesamten Steuersystems auf Umsatzsteuern führte zur finanziellen Entlastung der Unternehmen und ein hohes Grundeinkommen würde den Leuten ausreichend Kaufkraft und dem Einzelhandel zuverlässige Umsätze sichern.

Ich möchte nicht missverstanden werden: Zum einen sind diese Interessen eines Unternehmers völlig legitim, man muss sie halt nicht teilen. Und zum zweiten geht Götz Werners Eintreten für ein bedingungsloses Grundeinkommen ganz sicher nicht in dieser beschriebenen Rolle auf, sondern er hat offensichtlich persönliche, ethische Gründe für seine Haltung. Dabei spielt auch die anthroposophische Weltsicht eine Rolle, nach der Wirtschaft, Politik und Kultur je eigene Bereiche des Lebens darstellen, die spezifische Funktionen zu erfüllen haben. Danach gehört es nicht zu den Aufgaben der Wirtschaft, die Menschen mit Einkommen zu versehen, sondern sie mit Gütern und Dienstleistungen auszustatten. Die Einkommenssicherung wäre vielmehr eine politische Aufgabe.

Genau so argumentiert auch Bernd Leukert, der im Vorstand von SAP für „die technologische Grundlage sämtlicher SAP-Produkte und die gesamte Entwicklung von Anwendungen für Geschäftsbereiche (und)...strategische Innovationsinitiativen“ zuständig ist, so die offizielle Webseite des Unternehmens. Im FAZ-Interview¹ sagt er, „dass man die Bedingungen für ein faires Einkommen nicht der Wirtschaft überlassen sollte. Hier ist die Politik gefragt, den richtigen Rahmen zu setzen.“

Seine Argumentation dafür leitet er aus der von ihm erwarteten Entwicklung der Arbeitsverhältnisse ab. Die vierte industrielle Revolution (Leukert sitzt auch im Lenkungskreis für Industrie 4.0 der deutschen Bundesregierung) werde die Wissensinhalte sehr schnell verändern und ganz allgemein dem Wissen eine veränderte Bedeutung im Arbeitsprozess geben. Das werde vor allem „das mittlere Gehaltssegment unter Druck“ setzen, weil „die Informationstechnologie viele der heutigen Aufgaben übernehmen“ werde. Ein bge würde hier Abhilfe schaffen und von ihm „würden langfristig auch diejenigen profitieren, die weiterhin höhere Gehälter beziehen“. Auch bei ihm gibt es ein zweites Argument jenseits der direkten materiellen Interessen: „Wenn wir an dieser Stelle nichts tun, droht die Gesellschaft auseinanderzubrechen.“

Man kann sich das gut vorstellen: Auch aus Sicht der Profiteure des Klassenkampfes ist es nur bedingt komfortabel, in einer Gesellschaft mit ganz extremen Spaltungen zu leben. Wenn sich die Reichen hinter Mauern in *gated communities* verschanzen müssen, können einige von ihnen das nicht wirklich genießen. Im Folgenden macht Leukert dann aber schon klar, dass er ein Grundeinkommen keineswegs jetzt will, sondern nur „sehr langfristig“, und dass „das System so strukturiert sein (muss), dass man auch künftig noch gute Anreize hat, um etwas zu erreichen. Durch Arbeit.“

1 <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/weltwirtschaftsforum/sap-vorstand-leukert-sagt-ein-grundeinkommen-hilft-allen-14026906.html>

Auch hier ist also das unternehmerische Interesse leicht zu erkennen. Die technologischen Möglichkeiten der Produktivitätsentwicklung sollen umfassend genutzt werden können, ohne dass Rücksichten auf Arbeitsplätze und Einkommen dabei als Bremse wirken würden. An diesem Punkt ähnelt sein Begründungszusammenhang durchaus dem Wernerschen. Auch dieser argumentiert mit der freien Entfaltung der Produktivität der Wirtschaft und genau den Punkt nimmt auch der dritte Unternehmensleiter auf, der sich jüngst für ein bedingungsloses Grundeinkommen ausgesprochen hat, Timotheus Höttges, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Telekom.

Er tat dies in einem Interview mit der Zeit, das am 29.12.2015 erschien und nach meinen Recherchen nicht online verfügbar ist. Das Ganze erstreckt sich über drei Zeitungsseiten und das bge nimmt nur etwa eine Spalte davon ein. Zeit-Chefredakteur Giovanni di Lorenzo hält offenbar nicht viel vom Grundeinkommen und stellt deshalb sehr viele Fragen oder Nachfragen nicht, die einige Unklarheiten hätten beseitigen können.

Der Einstieg ins Thema erfolgt über die Frage nach den Arbeitsplätzen beziehungsweise ihrer zu erwartenden Zahl in den nächsten Jahrzehnten. Höttges hatte sich begeistert über bestimmte technische Entwicklungen geäußert, so etwa über das selbstfahrende Auto oder „den Tricoder aus *star trek*“, also ein Gerät, das man auf etwas richtet und das dann sagt, „was für ein Gegenstand das ist und aus welchen Materialien er besteht“. Er erwartet auch krankenpflegende Roboter und dass „die klassischen physischen Arbeiten auf lange Sicht komplett durch Maschinen erledigt werden“. Das müsste also eigentlich zum Abbau zahlreicher Arbeitsplätze führen und Höttges bestätigt diese Einschätzung. Er betont allerdings, dass in anderen Bereichen sehr viele neue Tätigkeiten entstehen werden, sodass dauerhaft kein Arbeitsplatzproblem existieren dürfte. Das gelte aber nicht für die Übergänge. Wenn technologische Entwicklungen in bestimmten Bereichen in kurzer Zeit zahlreiche HandarbeiterInnen ersetzen, dann können die nicht gleich als „Software-Ingenieure für künstliche Intelligenz“ eingesetzt werden. In Übergangszeiten werden also massiv Arbeitsplätze fehlen.

Di Lorenz beschwört dann ein „bald entstehende(s) Heer von Arbeitslosen“ und fragt nach dem „gesellschaftlichen und sozialen Frieden“. Höttges antwortet, es gelte, nicht ängstlich abzuwarten, sondern den Wandel „aktiv zu gestalten“. „Es gibt auch Chancen und die müssen wir nutzen, damit die Sozialsysteme weiter funktionieren. Diese Systeme erhalten den sozialen Frieden und versetzen Konsumenten in die Lage, Produkte zu kaufen.“ Wie es gelingen könne, diese Systeme zu erhalten, sei eine der schwierigsten Fragen überhaupt und unkonventionelle Gedanken seien nötig: „Ein bedingungsloses Grundeinkommen kann eine Grundlage sein, um ein menschenwürdiges Leben zu führen...Es könnte eine Lösung sein – nicht heute, nicht morgen, aber in einer Gesellschaft, die sich durch die Digitalisierung grundlegend verändert hat.“

Der Zeit-Chef rechnet ihm dann die Milchmädchenrechnung mit den 1000 Euro für alle monatlich und den 960 Milliarden, die das insgesamt kostet, vor, aber Höttges tappt nicht in die Falle. Er geht gar nicht auf die Zahl ein, sondern sagt: genau, wo kommt das Geld her? „Die Besteuerung folgt zu einem großen Anteil der Produktivität. Früher und in Teilen auch heute noch haben die Menschen durch Mehrarbeit mehr Wertschöpfung produziert, die dann besteuert worden ist und die Sozialsysteme finanziert hat. Wenn Produktivität zukünftig vor allem an Maschinen und die Auswertung von Daten gekoppelt ist, dann könnte die Besteuerung stärker auf den darauf beruhenden Gewinnen aufbauen und weniger auf der Einkommensteuer der Einzelnen.“

Er teilt di Lorenzos Befürchtung in puncto Unternehmensverlagerung, bleibt aber im Kern bei seinem Vorschlag: „Die Gewinnbesteuerung ist wahrscheinlich der richtige Weg. Eine Besteuerung von Daten erscheint mir wenig praktikabel und nicht sinnvoll zu sein. Die Besteuerung der Maschinen, die Produktivitätssteigerungen garantieren, würde dazu führen, dass vielleicht weniger Maschinen genutzt würden, als technisch sinnvoll wäre.“ Er akzeptiert, dass es heute keine Ideen

gibt, wie man Multis zum Steuerzahlen zwingen kann – was natürlich lediglich zeigt, wie schlecht der Interviewer vorbereitet ist, allein schon der Vorschlag einer Gesamtkonzernsteuer würde viele Probleme lösen, das Verbot für ganz normale Konzerne, gleichzeitig ein Bank zu sein, andere – aber er sagt, „wir alle, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft“ müssten diese Fragen stellen und Lösungen suchen. Ob ein bge faul mache, wie di Lorenzo anführt, kommentiert er nicht, sondern hebt auf die mit der Massenarbeitslosigkeit verbundene Perspektivlosigkeit und die „komplette Entkoppelung der Gesellschaft“ durch dramatische Spreizung der Einkommen ab. Das dritte Gegenargument, die Zunahme des „Migrationsdruck(s) auf die wenigen Länder, die es sich leisten können“, integriert er großenteils: Migration sei eine Freisetzung von „enorm viel Kreativität und neue(n) Ideen“, lediglich Armutsmigration sei ein Problem. Die hier unbedingt anstehende Frage nach der globalen Einführung eines Mindesteinkommens gegen den Hunger kann der Fragesteller nicht einmal denken. Stattdessen betont Höttges seine Unterstützung der Einwanderungspolitik Merkels, aber das ist dann schon ein anders Thema.

Durch die Mängel des Interviews entsteht eine höchst unbefriedigende Situation. Viele Fragen sind aufgeworfen, ohne dass man eine Vorstellung davon bekommt, wie der Manager sie beantworten würde. Oft muss man spekulieren, zwischen den Zeilen lesen, interpretieren. Das kann immer falsch sein. Klar scheint immerhin, dass Höttges das bge erstens als langfristige Möglichkeit sieht und eher als Reparaturinstrument denn als Grundlage sozialer Gerechtigkeit. Er bezieht sich auf keinerlei Wertschätzung verschiedener Formen gesellschaftlicher Produktivität und spricht schon gar nicht von einem wirtschaftsbürgerlichen Grundrecht. Der gesellschaftliche Friede wird zwar beschworen, scheint aber vor allem dem Zweck ungestörter Geschäftsabläufe verpflichtet („Produkte kaufen“). Wie seinen anderen Unternehmerkollegen liegt ihm an der durch Arbeitsplatzargumente nicht gebremsten Umsetzung aller Rationalisierungspotenziale. Und genau wie diese stellt er selbstverständlich die Finanzierbarkeit eines bge mit keinem Wort infrage; diese ist offensichtlich nur ein Problem derer, die von kapitalistischer Ökonomie nicht so viel verstehen.

Bemerkenswert allein steht er allerdings mit dem Vorschlag, multinationale Konzerne verstärkt zur Finanzierung nicht nur eines bge, sondern der Sozialsysteme überhaupt, heranzuziehen, und zwar gerade diejenigen, die die Produktivitätsentwicklung vorwärts treiben. Da stellen sich Fragen. Ist das eine persönliche Haltung, eventuell im Widerspruch zu den Interessen der Unternehmen? Oder hat er vielleicht umgekehrt eine Vorstellung von einer konkreten Umsetzung im Hinterkopf, die sein Unternehmen gegenüber Konkurrenten bevorzugen würde? Hat die Deutsche Telekom da andere Abläufe und Interessen als diejenigen „Firmen, die globale Plattformen aufgebaut haben“ (das ist Höttges' Beschreibung der zu steuernden Konzerne)?